

SENIORENBUND

Erste oppositionelle Aktivität



V.l.n.r.: Dr. med. Paul Biedermann, Präsidentin Seniorenbund Rita Büchel und Hubert Frommelt, Ressort «Alterspolitik». (Foto: C. Wolf)

Anlässlich der Veröffentlichung eines Briefes an den Liechtensteinischen Landtag gaben das Präsidium des Liechtensteinischen Seniorenbundes, Rita Büchel und Dr. Paul Biedermann sowie der Sachbearbeiter für das Ressort «Alterspolitik», Hubert Frommelt, gestern in der alten Sennerei in Schaan eine Pressekonferenz.

ct – Der Worte wurden viel gewechselt... über einen angestrebten und verbesserungswürdigen Generationendialog, über das «bedrohliche» Anwachsen des Altenpotentials unserer Bevölkerung sowie über eine notwendige Aktivierung der ohne Zweifel noch vorhandenen Kräfte der Älteren.

Nicht eine «Altenlast» sollte der Staat mit sich herumschleppen, sondern sich seines «Altenkapitals» bewusst werden. Vor allem sollten die Älteren zu allen Beschlüssen ge-

fragt werden, die sie betreffen. In seiner Anlaufphase hat sich der Liechtensteinische Seniorenbund, welcher sich als Interessenvertreter der älteren Generation nicht gemäss seines Programms um Kontakte zwecks Zusammenarbeit zu allen in der Altersarbeit massgeblichen Stellen bemüht und wurde von diesen meistens als willkommener Ansprechpartner begrüsst.

Mit Erstaunen und Befremden musste daher der Seniorenbund Anfang November aus der Presse entnehmen, dass der vom Staat zu leistende Beitrag an die AHV ab dem kommenden Jahr um 2%punkte gekürzt werden sollte. In einem Schreiben vom 9.11.91. an die Fürstliche Regierung protestierte der Seniorenbund in aller Form gegen diese Absicht und stellte den Antrag, keine Kürzung des Staatsbeitrages vorzunehmen, statt dessen in Anbetracht der oftmals postulierten ausgezeichneten Vermögenslage der Anstalt die Auszahlung einer 13. Monatsrente vorzuschlagen.

Und dennoch: Die Kürzung wurde vom Landtag bewilligt. Von 25

Stimmen sprachen sich neun gegen die Kürzung aus.

An der 1. ordentlichen Mitgliederversammlung des Seniorenbundes am 25.1.95 haben alle Seniorinnen und Senioren

Gelegenheit, Meinungen zu diesem Thema zu äussern und Probleme von allgemeinem Interesse einzugeben, damit etwas unternommen werden kann, ehe wieder einmal ein Beschluss unwiderruflich fest steht.

Einzelheiten werden den Mitgliedern in einer persönlichen Einladung bekannt gegeben werden. Näheres wird aus der Presse ersichtlich sein.